



# UMWELTPORTAL ÖSTERREICH

## AKTIVE UMWELTINFORMATION

### GEM. § 9 UMWELTINFORMATIONSGESETZ UIG 2004

BERICHT

AN DIE

LANDESUMWELTREFERENTENKONFERENZ 2009

E-GOVERNMENT KOOPERATION BLSG  
PROJEKTGRUPPE UMWELTINFORMATION  
(EGOV-PG UI)

KLAGENFURT/WIEN, IM MAI 2009

## Änderungshistorie

Alle wesentlichen Änderungen und Ergänzungen für jede Version des Dokuments werden in der unten stehenden Tabelle kurz angeführt.

Version	Datum	Inhalt / Änderungen	Status
0.1	4.5.2009	Schlussbericht an die LURK 2009	zur Stellungnahme an die PG-UI
1.0	22.5.2009	Änderungen nach der 8. Sitzung PG UI	zur Übermittlung an die LURK 2009

## Impressum

Koordinierungsstelle für Umweltinformationen

Medieninhaber und Herausgeber: Umweltbundesamt GmbH  
Spittelauer Lände 5, 1090 Wien/Österreich

Eigenvervielfältigung

Gedruckt auf Recyclingpapier

© Umweltbundesamt GmbH, Wien, 2009

Alle Rechte vorbehalten

ISBN

<b>0</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Auftrag .....</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Projektgruppe Umweltinformation (PG UI) .....</b>	<b>7</b>
2.1	Projektgruppe .....	7
2.2	Projektkommunikation und Dokumentation .....	7
2.3	Mission Statement .....	7
2.4	Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur .....	7
<b>3</b>	<b>Projekt.....</b>	<b>8</b>
3.1	Projektziel: .....	8
3.2	Gesetzliche Rahmenbedingungen .....	8
3.3	Projektablauf.....	8
<b>4</b>	<b>Ergebnis und Schlussfolgerungen .....</b>	<b>11</b>
4.1	Statuserhebung .....	11
4.2	Zusätzlich notwendige Grundstrukturen .....	11
4.3	Elektronisch-technische Möglichkeiten zur Kosteneinsparung.....	12
4.4	Zusätzlich erforderliche Datenerhebungen oder Zusammenstellungen, Dokumentationen...	14
<b>5</b>	<b>Empfehlung an die Landesumweltreferentenkonferenz .....</b>	<b>15</b>
5.1	Themenkreis .....	15
5.2	Thema/Problem.....	15
5.3	Sachverhalt .....	15
5.4	Lösungsvorschlag .....	15
5.5	Vorschlag für Beschlussempfehlung .....	16
<b>6</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>17</b>
6.1	Bericht der UPG Portalinfrastruktur .....	17
6.2	Mission Statement .....	17
6.3	Auftrag an die Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur .....	17
6.4	Projektgruppe .....	17
6.5	Projektumfeld.....	18



## 0 Zusammenfassung

Die bestehenden internationalen und nationalen Anforderungen zum Thema „Umweltinformation“ sind umzusetzen. Analysen haben gezeigt, dass Bund und Länder auf ihren Web-Portalen bereits im hohen Ausmaß Umweltinformationen zur Verfügung stellen.

Im Hinblick auf Umfang, thematische Gliederung, Inhalt und freien Zugang für die Öffentlichkeit zeigt sich ein historisch gewachsenes, und daher sehr heterogenes Bild. Das Online-Angebot an Umweltinformationen wird permanent und dynamisch erweitert. Die Länder verfügen über geeignete CMS (Content-Management-Systeme). Damit werden eine Vielzahl von Umweltinformationen auf einzelnen Beitragsseiten generiert und systemübergreifend innerhalb der jeweiligen Landesverwaltungen verlinkt. Datenerhebungen zum Zwecke der Umweltinformation, die über die bestehenden gesetzlichen Vorgaben in den Materiegesetzen sowie im UIG 2004 hinausgehen, sind nicht erforderlich.

Um österreichweit und behördenübergreifend Umweltinformationen harmonisiert darstellen und webgestützt zentral (One-Stop-Shop) abfragen zu können, ist die Einführung eines weiteren, neuen CMS für Umweltinformation weder sinnvoll noch Ziel führend. Zur Umsetzung der Zielvorgaben wurden, dem Beschluss der LURK 2007 folgend, drei Varianten möglicher IT-Lösungen analysiert und deren Realisierbarkeit unter Berücksichtigung von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit untersucht. Die Sicherstellung der konkreten finanziellen Bedeckung in Bund und Ländern war **nicht** Aufgabe der PG UI.

Als Ergebnis wird von der UAG-Portalinfrastruktur die Realisierung eines österreichischen Umweltportals mit dem IT-System von PortalU (Umweltportal Deutschland) vorgeschlagen. Die einmaligen Kosten für die Errichtung des Systems für eine (zentrale) Portalinstanz betragen € 299.400,--. Die Kosten für Betrieb und Wartung, sowie adaptive Weiterentwicklung betragen ca. € 121.000,-- pro Jahr. Eine Aufteilung der Kosten nach dem abgestuften österreichischen Bevölkerungsschlüssel wird empfohlen, wobei der Ersteinstieg in das System durch einen Sockelbeitrag erfolgen sollte. Bei Verwendung von PortalU wird das Umweltportal Österreich alle derzeit absehbaren INSPIRE-Anforderungen an ein INSPIRE-Geodatenportal erfüllen können. Die enge Kooperation mit Geoland.at ist anzustreben.

Die Verknüpfung von „Umweltportal Österreich“ mit den bereits vorhandenen aktiven Umweltinformationen (§9 UIG 2004) erfolgt u.a. auch über Metadatensätze. Diese sind im eigenen Wirkungsbereich der IS anzulegen. Nach grober Schätzung kann für jede Stelle im Durchschnitt mit 480 Einträgen gerechnet werden. Bei einem Normkostensatz von € 560,- pro Personentag betragen damit die Erstbefüllungskosten pro informationspflichtiger Stelle im ungünstigsten Fall € 33.600,-.

Auf Grundlage der durchgeführten Analysen zur aktiven Umweltinformation wird von der Projektgruppe Umweltinformation der Landesumweltreferentenkonferenz 2009 folgender Vorschlag zur Beschlussfassung unterbreitet:

1. Zur Umsetzung der Anforderungen des Umweltinformationsgesetzes UIG 2004 sollte ein „Umweltportal Österreich“ eingerichtet werden.
2. Für das „Umweltportal Österreich“ sollte das dem bestehenden [Umweltportal Deutschland](#) (PortalU) zugrundeliegende Kernsystem angekauft, adaptiert und eingesetzt werden. Das „Umweltportal Österreich“ wird dadurch auch alle derzeit absehbaren INSPIRE-Anforderungen an ein INSPIRE-Geodatenportal erfüllen können.
3. Die PG UI wird beauftragt, die erforderlichen Schritte für den Einsatz von PortalU, die Voraussetzungen für einen Kooperationsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und ein Kostentragungsmodell zu entwickeln und vorzulegen.
4. Falls zentrale Betriebsleistungen für das „Umweltportal Österreich“ angeboten werden, sind diese zur Absicherung der Qualität mit Service Level Agreements und transparenter Kostendarstellung einzurichten.
5. Zur Vermeidung von Redundanzen und unter dem Aspekt der Kostenminimierung sind INSPIRE-relevante Aspekte in Abstimmung mit den INSPIRE-Gremien zu klären.

# 1 Auftrag

Die Landesumweltreferentenkonferenz befasste sich in ihrer Tagung im März 2007 mit dem Thema „Umweltinformation; E-Government – Umsetzung des UIG 2004, Einrichtung einer permanenten Bund-Länder-Arbeitsgruppe“ und fasste dazu folgenden Beschluss:

**„Die Landesumweltreferentenkonferenz erkennt die Umsetzung des Umweltinformationswesens als wichtige öffentliche Aufgabe an und beauftragt daher die einzurichtende Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Interesse, unverhältnismäßige Kosten für die Länder zu vermeiden, insbesondere nachstehenden Themen/Fragen besonderes Augenmerk zu widmen:**

1. *Statuserhebung: Erhebung bestehender Grundstrukturen und Datenbanken sowohl bei Bund als auch bei den Ländern.*
2. *Prüfung, welche Grundstrukturen zusätzlich notwendig sind und damit verbunden welche Aufwände.*
3. *Prüfung, welche elektronischen-technischen Möglichkeiten zur Kosteneinsparung (insbesondere für die Länder) verwendet werden könnten, wie beispielsweise Verlinkung von Datenbanken, Verwendung von Suchmaschinen, Einrichtung einheitlicher elektronischer Systeme (Kompatibilität).*
4. *Prüfung, ob und in welchem Umfang ergänzend Datenerhebungen oder -zusammenstellungen bzw. -dokumentationen erforderlich sind, um der Informationspflicht gerecht zu werden.*

Die ad hoc - Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird weiters ersucht, über das Ergebnis ihrer Tätigkeit auch der **Landesumweltreferentenkonferenz** zu berichten, insbesondere über die den Ländern dadurch erwachsenden Aufwände und Kosten (Sach-, Personalressourcen etc.), sodass gegebenenfalls auch eine entsprechende Information der **Landeshauptleutekonferenz** (bzw. Landesamtsdirektorenkonferenz) erfolgen kann. **Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, die Länder in diesem Bestreben zu unterstützen.** "

Im Juni 2008 wurde der Landesumweltreferentenkonferenz der [Zwischenbericht](#) vorgelegt und wurde über den Stand der Arbeiten berichtet. Die LURK fasste dazu folgenden Beschluss:

1. *Die Landesumweltreferentenkonferenz und der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nehmen den informativen Zwischenbericht der E-Government-Arbeitsgruppe Umweltinformation zur Kenntnis.*
2. *Die Landesumweltreferentenkonferenz ersucht die Arbeitsgruppe Umweltinformation, den abschließenden Bericht inkl. Kostenschätzung rechtzeitig für eine Beratung vor der nächsten Tagung der Landesumweltreferentenkonferenz 2009 vorzulegen.*

## 2 Projektgruppe Umweltinformation (PG UI)

### 2.1 Projektgruppe

Die BLSG-Projektgruppe Umweltinformation setzte sich aus den Vertretern der Ämter der Landesregierungen, Bundesministerien, Städte- und Gemeindebund (e-Gov BLSG Kooperationspartner) zusammen (siehe Punkt 6.4).

### 2.2 Projektkommunikation und Dokumentation

Der [Reference Server](#) der [Plattform Digitales Österreich](#) wird zur internen als auch externen Kommunikation sowie zur gemeinsamen Projektablage der Projektgruppe genutzt. Die Administration und Pflege dieses Bereichs erfolgt durch das Umweltbundesamt, Koordinierungsstelle für Umweltinformationen (KUI), gemeinsam mit dem Amt der Stmk LReg.

Die interne Diskussion von Arbeitsergebnissen findet auch am [BKA Wiki Server](#) statt. Dieser Bereich wird gemeinsam durch das Umweltbundesamt, KUI, und das Bundeskanzleramt betreut.

### 2.3 Mission Statement

In der PG UI Sitzung am 29. Jänner 2009 wurde ein [Mission Statement](#) verabschiedet. In diesem Leitbild sind alle relevanten Details zu gesetzlichem Auftrag, Ziele, Struktur und Interaktion der PG UI festgelegt (siehe Punkt 6.1).

### 2.4 Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur

In der 5. Sitzung der PG UI am 1. Juli 2008 wurde die Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur eingerichtet. [Projektauftrag](#) ist die Aufbereitung einer Entscheidungsgrundlage für die Softwareauswahl und Betriebsinfrastruktur für ein österreichisches Umweltinformationsportal (Umweltportal Austria). Siehe siehe Punkt 6.1.4.

## 3 Projekt

### 3.1 Projektziel:

Den einfachen und freien Zugang zu Umweltinformationen für jedermann zu gewährleisten und die systematische und umfassende Verfügbarkeit und Verbreitung von Umweltinformationen durch elektronische Kommunikation zu fördern (aktive Umweltinformation).

Dies erfordert ein Informationssystem, das es der Öffentlichkeit erlaubt, die Informationsbestände einer informationspflichtigen Stelle zu finden ohne die Daten zu duplizieren. (Siehe hierzu auch die Überlegungen der Europäischen Kommission zu einem „[Shared Environmental Information System](#)“). Dafür ist eine moderne IT-technische Lösung erforderlich, die auf historisch gewachsene, bestehenden Strukturen aufsetzt, ohne diese strukturell zu verändern.

Unter Berücksichtigung der österreichischen e-Government Strategie kann dieses Ziel nur durch die Errichtung eines **zentralen Umweltinformationsportals** im Sinne eines „One-Stop-Shop“ in Österreich erreicht werden. Bei der Beantwortung von Einzelanfragen durch Informationssuchende soll langfristig durch die Etablierung eines zentralen elektronischen Umweltinformationsangebotes eine Entlastung der informationspflichtigen Stellen in der öffentlichen Verwaltung erreicht werden.

Dieses Vorgehen entspricht sinngemäß sowohl den Intentionen von *Plattform Digitales Österreich*, dem Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, den Intentionen der Europäischen Kommission im Rahmen von „[Shared Environmental Information System](#)“ sowie den [Empfehlungen](#) der 2. Vertragsstaatenkonferenz 2005 der UNECE Aarhus Konvention.

### 3.2 Gesetzliche Rahmenbedingungen

Eine Übersicht über die [rechtlichen Grundlagen](#) ist am eGovernment Reference Server bereitgestellt.

Weiterführende Informationen sind den nachstehenden Dokumenten zu entnehmen:

- *„[Anforderungen](#) der UI-Richtlinie 2003/4/EG an ein zukünftiges Umweltinformationssystem des Bundes und der Länder“*
- *[Zwischenbericht](#) an die LURK 2008 (Kapitel 6 Anhang)*
- *Bücheler/Ennöckl: [UIG Kommentar](#), Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH, Wien-Graz 2005*

### 3.3 Projektablauf

#### 3.3.1 Stuserhebung

In den informationspflichtigen Stellen in der öffentlichen Verwaltung beim Bund und in den Ländern sind die vorhandenen Grundstrukturen und Datenbanksysteme, die im Rahmen der aktiven Umweltinformation eingesetzt werden, zu erheben (→ Frage 1 aus Beschluss der LURK vom 23.3.2007).

Der Umfang für eine ressourcenschonende Stuserhebung bei Bund und Ländern wurde in der AG-Sitzung am 28.06.2007 festgelegt. Die Durchführung erfolgte mittels Fragebogen in den jeweiligen datenhaltenden Organisationseinheiten. Die Inhalte in den vorhandenen Themenbereichen sind dokumentiert.

### 3.3.2 Strukturierung von Umweltinformationen

Ein Entwurf der KUI dazu wurde bereits 2006 im Zuge der Vorbesprechungen in den Ländern präsentiert. Dieser Vorschlag zur [thematischen und funktionellen Strukturierung von Umweltinformationen](#) wurde von der PG UI ergänzt und den weiteren Arbeiten zu Grunde gelegt.

Die Vereinheitlichung der Strukturierung von Informationsbeständen verfolgt die Ziele:

- Möglichst einfach und nachvollziehbar für den Laien- Nutzer
- Die Aufbereitung und Präsentation an die Bedürfnisse der Nutzer besser anzupassen
- Strukturierung und Gliederung des Informationsangebotes in den eigenen Wirkungsbereichen nach Vorgaben der Richtlinie 2003/4/EG
- Schneller und einfacher Einstieg in die Themenbereiche und Verbesserung der Orientierung innerhalb des Umweltinformationsangebotes

#### • Mindestinhalte in den Themenbereichen

Die Bearbeitung der Mindestinhalte (§9 UIG) zu den Umweltthemen wurde von den in der PG-UI vertretenen Institutionen übernommen (siehe Anhang, Themenliste und bearbeitende Institution). Die Entwicklung der Empfehlungen erfolgte in einem transparenten Arbeitsprozess am Portal des [BKA-Wiki-Servers](#). (Derzeit Zugang nur mit login für MitarbeiterInnen der PG UI möglich). In jedem Themenbereich waren die nachstehenden Gliederungselemente zu berücksichtigen.

- Rechtliches
- Konzepte
- Status- und Zustandsberichte
- Daten und Karten
- Umweltfolgenabschätzung

#### • Metadaten

Im Zuge der durchgeführten Analysen wurde auch auf die Notwendigkeit der Führung und Bereitstellung von Metadaten unter Beachtung der Anforderungen von UI-Richtlinie, UNECE-Aarhus Konvention, SEIS und INSPIRE hingewiesen.

### 3.3.3 Zusätzlich notwendige Grundstrukturen

Nach Abschluss der Stuserhebungen in den informationspflichtigen Stellen in der öffentlichen Verwaltung des Bundes und der Länder wird geprüft, welche Grundstrukturen und welche Aufwände zusätzlich notwendig sind. (→ Frage 2 aus Beschluß der LURK vom 23.3.2007).

Bei den technischen Grundstrukturen ist zu prüfen, ob dazu eine individuelle Software-Eigenentwicklung erforderlich ist oder bereits erprobte Applikationen zum Einsatz kommen können.

Bei den thematischen Inhalten ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang ergänzend Datenerhebungen oder Datenzusammenstellungen bzw. -dokumentationen erforderlich sind, um der Informationspflicht gerecht zu werden (→ Frage 4 aus Beschluß der LURK vom 23.3.2007).

### 3.3.4 Kostenstrukturen

Es war zu prüfen, welche elektronisch-technischen Möglichkeiten z. B. bei der Verlinkung von Datenbanken, der Verwendung von Suchmaschinen, der Einrichtung einheitlicher elektronischer Systeme (Kompatibilität), etc. zur Kosteneinsparung für die Länder verwendet werden könnten. (→ Frage 3 aus Beschluß der LURK vom 23.3.2007).

Den „[Anforderungen](#) der *Umweltinformationsrichtlinie 2003/4/EG an ein zukünftiges Umweltinformationssystem des Bundes und der Länder*“ folgend wurde von der *Unterarbeitsgruppe „Portalinfrastruktur“* der [Anforderungskatalog](#) „Umweltportal Austria“ erstellt, auf dessen Basis eine „Make Or Buy“ Analyse durchgeführt wurde. Dabei wurden folgende Realisierungsvarianten beurteilt und die zu erwartenden Kosten geschätzt.

- Verwendung des EIONET-Portals der Europäischen Umweltagentur
- Individuelle Eigenentwicklung eines Systems
- Adaptierung und Verwendung des bestehenden Portal U (Deutsches Umweltportal)

Dieses System soll nicht nur die zur Umsetzung der Richtlinie 2003/4/EG erforderliche Funktionalität aufweisen, niedrige Kosten verursachen und nachhaltige Strukturen bieten, sondern auch den Anforderungen des österreichischen e-Government, der Anforderungen der UNECE Aarhus Konvention (1. Säule) sowie den Intentionen der Europäischen Kommission zu SEIS entsprechen. Weiters ist die Kompatibilität zur Richtlinie INSPIRE zu erreichen.

Siehe hierzu auch das Dokument [Umweltportal Austria 10 Thesen](#)

Über das Ergebnis hat die die PG-UI der Landesumweltreferentenkonferenz zu berichten, insbesondere über die den Ländern dadurch erwachsenden Aufwände und Kosten (Sach-, Personalressourcen etc.), sodass gegebenenfalls auch eine entsprechende Information der Landeshauptleutekonferenz (bzw. Landesamtsdirektorenkonferenz) erfolgen kann.

## 4 Ergebnis und Schlussfolgerungen

### 4.1 Stuserhebung

Die Durchführung und Umsetzung aktiver Umweltinformationen als wichtige öffentliche Aufgabe unter Nutzung elektronischer Systeme basiert auf der Voraussetzung des Einsatzes geeigneter Systeme zur Darstellung im Internet.

#### 4.1.1 Technische Aspekte:

Alle Ämter der Landesregierungen, Bundesministerien und alle wichtigen öffentlichen Stellen verfügen über geeignete CM-Systeme (Content-Management-Systeme). Diese Systeme ermöglichen es, eine Vielzahl von Umweltinformationen auf einzelnen Beitragsseiten zu generieren und diese systemübergreifend innerhalb der jeweiligen Landesverwaltungen zu verlinken. Aufgrund der derzeitigen Konzeption und des Standes der Entwicklung dieser Systeme sind Schnittstellen zur Portalverlinkung bereits vorhanden.

#### 4.1.2 Thematische Aspekte:

Alle Bundesländer und der Bund stellen auf ihren Web-Portalen Umweltinformationen zur Verfügung. Die Analyse des Angebots an Umweltinformationen zeigt ein im Hinblick auf Umfang, thematische Gliederung und Inhalt sehr heterogenes Bild. Daraus lässt sich schließen, dass dem Thema aktive Umweltinformation bei einigen informationspflichtigen Stellen seit langem große Bedeutung zukommt, wogegen andere Stellen diesem Informationsangebot erst mit der Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes 2004 eine zunehmende Bedeutung beimessen. Insgesamt ist festzuhalten, dass sich das Online-Angebot an Umweltinformation bei den Ämtern der Landesregierungen permanent und dynamisch erweitert. Die Vernetzung der Themenbereiche und Inhalte auf Plattformen unterschiedlichster Dienststellen nimmt zu und dokumentiert auf diese Weise die positive Entwicklung zur medienübergreifenden und Verwaltungsgrenzen überschreitenden Darstellung von Umweltinformationen.

#### 4.1.3 Schlussfolgerung und Empfehlung:

Die erforderlichen technischen Systeme zur Umsetzung des Umweltinformationswesens sind bei Bund und Ländern vorhanden. Die thematische Gliederung ist zu homogenisieren. Zur Hebung der Benutzerfreundlichkeit und im Hinblick auf eine Österreich weit möglichst homogene thematische Strukturierung wird von der PG-UI empfohlene die [thematische und funktionale Strukturierung](#) von Umweltinformationen zu übernehmen. Damit kann österreichweit eine Homogenisierung von Inhalt und Struktur in den bereits vorhandenen Systemen erreicht werden.

### 4.2 Zusätzlich notwendige Grundstrukturen

#### 4.2.1 Analyse:

Der Bereich Umweltinformation ist einem dynamischen Entwicklungsprozess unterworfen. Diese Dynamik wird durch die wechselnden nationalen umweltpolitischen Vorgaben an die Umweltverwaltungen und die internationalen Anforderungen durch europäische Richtlinien, Konventionen etc. erzeugt.

Die nationalen umweltpolitischen Vorgaben sind teils tagespolitisch motiviert und reagieren auch auf Anforderungen aus der Öffentlichkeit, teils sind es längerfristig wirksame, umfangreiche Programme und Maßnahmen, die auf die Behebung vorrangig erscheinender Mängel in der Umweltqualität aus-

gerichtet sind. Als Beispiel werden die Themen „Waldsterben“ und „Giftmüll“ in den 80er Jahren genannt, das durch beträchtliche, sehr erfolgreiche nationale Anstrengungen heute aus den Schlagzeilen der Tagespresse sowie aus der Prioritätenliste der politisch Verantwortlichen verschwunden ist. Dafür sind heute Themen wie nachhaltige Energie, Klimaveränderungen, Ressourcenschonung, Verkehr in den Vordergrund getreten.

Viele internationale Vorgaben haben Einfluss auf die einheimische Umweltpolitik. Ein gewichtiges Beispiel ist das Kyoto-Protokoll und die nationalen Maßnahmen zu seiner Umsetzung. Aber auch der Vorschlag der Europäischen Kommission zur „Verbesserung und Straffung des europäischen Systems für die Sammlung, Auswertung und Meldung von Umweltdaten“ im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Umweltinformationssystems (SEIS) wird im Detail heute noch nicht absehbare Auswirkungen auf die nationalen Maßnahmen haben.

#### **4.2.2 Verknüpfung bereits bestehender Systeme zum Umweltportal Österreich:**

Um eine spezifische Abfrage für vorhandene Umweltinformationen über das Umweltportal Österreich durchführen zu können, müssen die bei den informationspflichtigen Stellen bereits online verfügbaren Informationen mit dem neuen System zu verknüpft werden. Damit bleiben die bisher genutzten IT-Systeme der informationspflichtigen Stellen unberührt und können in der bisherigen Form weitergeführt werden.

Für die Erstbefüllung kann angenommen werden, dass mit ca. 12.000 über das Portal auffindbaren Dateneinträgen für alle informationspflichtigen Stellen ein ausreichender Füllgrad des Systems stufenweise bis Ende 2012 vorliegt. Bei 25 informationspflichtigen Stellen bedeutet das, dass jede Stelle im Durchschnitt 480 Einträge in den Metadatenkatalog des Systems einpflegen muss.

Der Aufwand dafür hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen der datenführenden Institution ab. Für den Fall, dass derzeit bei den informationspflichtigen Stellen keine Informationen über bestehende Daten vorliegen (Worst Case Szenario) – kann angenommen werden, dass der Eintrag eines Datenbeschreibungssatzes inklusive Recherche ca. 1 Stunde dauert. Eine komplette Neubefüllung des Systems nähme dann ca. 12.000 Personenstunden in Anspruch. Bei einem Normkostensatz von € 560,- pro Personentag betragen damit die Erstbefüllungskosten pro informationspflichtiger Stelle im ungünstigsten Fall € 33.600,-.

Dieser Aufwand ist von den informationspflichtigen Stellen selbst zu tragen.

#### **4.2.3 Schlussfolgerung:**

Die in den Grundstrukturen vorhandenen Umweltinformationen eignen sich grundsätzlich für die Einbindung in das Umweltportal Österreich. Die Einbindung über Metadaten als Basis der Verknüpfung mit dem Umweltportal Österreich ist Voraussetzung für eine spezifische Suche nach Informationen. Der Erstellung dieser Metadaten ist seitens der informationspflichtigen Stellen zukünftig erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Aufgabe verbleibt im eigenen Wirkungsbereich.

Die Verknüpfung und Ergänzung von Datenbanken auf Landes- und Bundesebene vor allem in den Bereichen Luft, Wasser, Boden, Abfall, Geologie, Naturschutz schreitet ständig voran. Erst durch die Einbindung über Metadaten wird eine spezifische zentrale Abfrage von Umweltdaten für die Öffentlichkeit möglich. Die Voraussetzung, dass die angewandte IT-Lösung in die bereits bestehenden CMS-Systeme nicht eingreift wird damit erfüllt.

### **4.3 Elektronisch-technische Möglichkeiten zur Kosteneinsparung**

#### **4.3.1 Analyse**

Die Einführung eines Österreich weit einheitlichen CM-Systems zur Umweltinformation, das von Bund und den Ländern erneut zu befüllen und zu warten wäre, stellt unter Berücksichtigung der derzeit

bereits vorhandenen, historisch gewachsenen Grundstrukturen und unter dem Aspekt eines zusätzlichen erheblichen Ressourcenbedarfs an Personal keine realisierbare Variante dar.

In jedem Fall sollen die individuellen Entwicklungs- und Bedarfsmöglichkeiten der informationspflichtigen Stellen im vollen Umfang erhalten bleiben und nur durch die einheitliche Themenstrukturierung bundesweit eine weitgehende Annäherung des Informationsangebotes praktisch ohne zusätzlichen Aufwand erreicht werden.

PortalU wurde funktional als Referenzsystem bewertet und erscheint mit geringfügigen Anpassungen geeignet, alle österreichischen Anforderungen abzudecken. Das Entwicklungsrisiko ist gering, da auf den bereits in Deutschland getesteteten und operativ seit 2006 im Einsatz stehenden Systemkomponenten aufgebaut wird.

Kommerziell ist dieses Produkt insbesondere deshalb sehr attraktiv, weil Deutschland hohes Interesse hat, Mitnutzer zu lukrieren und deshalb Österreich um weniger als 10% der realen Erstellungskosten Deutschlands in das Projekt einsteigen kann.

Als Ergebnis der Bewertung wird von der UAG-Portalinfrastruktur deshalb die Realisierung eines österreichischen Umweltportals mit dem IT-System von **PortalU** vorgeschlagen. Die einmaligen Kosten für die Errichtung des Systems für eine (zentrale) Portalinstanz betragen € 299.400,--. Unter der Annahme, dass das System mit einem eher einfachen Servicelevel betrieben wird, kann von wiederkehrenden Kosten (Betrieb und Wartung, sowie adaptive Weiterentwicklung) von € 121.000,-- pro Jahr ausgegangen werden. Diesbezügliche Servicelevel Agreements sind in der Folge festzulegen. Die Vergabe der Betriebsführung ist einem verwaltungsinternen oder externen Bewerbungsverfahren zu unterwerfen. ([siehe hierzu die Dokumente für die 8. Sitzung der PG UI am 12. Mai 2009](#))

### 4.3.2 Schlussfolgerung:

Für eine Österreich weite Abfrage von Umweltinformationen zu Sachthemen bietet sich als kostengünstigste Variante nur die Einführung eines Systems an, welchem über Schnittstellen die Möglichkeit geboten wird, auf bestehende Server in den Bundes- und Landesdienststellen zuzugreifen um dort verfügbare und freigegebene Umweltinformationen abzufragen. Der Wartungsbedarf für dieses System muss sich ausschließlich auf die Funktionalität des Systems beschränken und darf die Erstellung von Inhalten zur Umweltinformation in den einzelnen Arbeitsbereichen weder inhaltlich noch kostenmäßig tangieren.

Der Einsatz von PortalU wird empfohlen. Es ist aus der Analyse als bestes und kostengünstigstes IT Modell hervorgegangen. Für den Fall, dass die Implementierung des Systems umgesetzt wird, könnte eine Aufteilung der Kosten nach dem abgestuften österreichischen Bevölkerungsschlüssel angebracht werden, wobei der Ersteinstieg in das System durch einen Sockelbeitrag erfolgen könnte.

Vorschlag für ein Finanzierungsmodell (die einmaligen Startkosten enthalten Sockelbeträge von € 20.000,-- für jedes Bundesland und € 40.000,-- für den Bund):

	Bevölkerungszahl	%-Anteil	Initialaufwand Fixanteil	Initialaufwand Variabler Anteil	Summe Initialaufwand	Wartungsaufwand pro Jahr
Wien	1.677.867,00	10,07%	20.000	7.995	27.995	12.183,37
Burgenland	281.190,00	1,69%	20.000	1.340	21.340	2.041,78
Niederösterreich	1.597.240,00	9,59%	20.000	7.611	27.611	11.597,92
Kärnten	561.094,00	3,37%	20.000	2.674	22.674	4.074,23
Oberösterreich	1.408.165,00	8,45%	20.000	6.710	26.710	10.225,00
Salzburg	530.576,00	3,18%	20.000	2.528	22.528	3.852,63
Steiermark	1.205.909,00	7,24%	20.000	5.746	25.746	8.756,37
Tirol	703.512,00	4,22%	20.000	3.352	23.352	5.108,36
Vorarlberg	366.377,00	2,20%	20.000	1.746	21.746	2.660,35
Bund	8.331.930,00	50,00%	40.000	39.700	79.700	60.500,00
	<b>16.663.860,00</b>	<b>100,00%</b>	<b>220.000</b>	<b>79.400</b>	<b>299.400</b>	<b>121.000</b>

Aufwand 2010 (Initial und Wartung)	Aufwand 2011	Aufwand 2012	Aufwand 2013	Aufwand 2014	Gesamtaufwand über 5 Jahre	
40.178,07	12.183	12.183	12.183	12.183	88.911,54	Wien
23.381,60	2.042	2.042	2.042	2.042	31.548,73	Burgenland
39.208,45	11.598	11.598	11.598	11.598	85.600,11	Niederösterreich
26.747,73	4.074	4.074	4.074	4.074	43.044,64	Kärnten
36.934,63	10.225	10.225	10.225	10.225	77.834,63	Oberösterreich
26.380,72	3.853	3.853	3.853	3.853	41.791,24	Salzburg
34.502,29	8.756	8.756	8.756	8.756	69.527,79	Steiermark
28.460,45	5.108	5.108	5.108	5.108	48.893,88	Tirol
24.406,06	2.660	2.660	2.660	2.660	35.047,44	Vorarlberg
140.200,00	60.500	60.500	60.500	60.500	382.200,00	Bund
<b>420.400</b>	<b>121.000</b>	<b>121.000</b>	<b>121.000</b>	<b>121.000</b>	<b>904.400</b>	

Der hohe Leistungsumfang und die hohe Anzahl von Nutzern, sowie der bereits mehrjährige Einsatz des Systems in Deutschland sichert die Kontinuität und Nachhaltigkeit der Lösung. Durch die EU-Anforderungen, die ja für alle Mitgliedsstaaten gelten, können insbesondere hier durch intensive Kooperation Synergiepotentiale genutzt werden und eine ständige Weiterentwicklung mit geringeren Kosten für den Einzelstaat sichergestellt werden.

#### 4.4 Zusätzlich erforderliche Datenerhebungen oder Zusammenstellungen, Dokumentationen

##### 4.4.1 Analyse

Der freie Zugang zu Umweltinformationen (gem. §4 UIG 2004) bezieht sich auf vorhandene Informationen. Ein Erfordernis zu zusätzlichen Datenerhebungen kann aus dem UIG nicht abgeleitet werden.

In der öffentlichen Verwaltung werden zu jedem Zeitpunkt Arbeitsergebnisse fertiggestellt bzw. befinden sich Berichte, Studien, Datensätze, etc. im Besitz der Verwaltung. Diese Berichte, Studien, Datensammlungen werden auf Grundlage der Geschäftseinteilungen erstellt bzw. bereitgehalten. Lediglich die Entscheidung, ob eine vorliegende Umweltinformation gem. § 9 UIG zu veröffentlichen und im CMS-System bereit zu stellen ist, ist der einzige nicht IT-Aufwand beim Vollzug des UIG. Trifft diese Entscheidung der für die jeweilige Information Verantwortliche, kann die zeitliche und damit auch die monetäre Komponente vernachlässigt werden.

##### 4.4.2 Schlussfolgerung:

Zeitnahe, zuverlässige und zweckdienliche Daten zum Zustand der Umwelt sind eine entscheidende Voraussetzung für politische Maßnahmen. Hierzu zählen auch Informationen darüber, wie sich das Klima verändert, ob sich die Qualität der europäischen Gewässer verbessert oder wie die Natur auf Umweltverschmutzung und geänderte Landnutzung reagiert. Solche Informationen sollten jeder Person in verständlicher Form zur Verfügung gestellt werden. Eine Verpflichtung zusätzliche Datenerhebungen durchzuführen sieht das UIG nicht vor. Eine schrittweise Erweiterung des Informationsangebotes gepaart mit leichter Auffindbarkeit derselben wird empfohlen.

Vor allem die Anforderung, dass Daten in möglichst aktueller, exakter, vergleichbarer und allgemein verständlicher Form veröffentlicht werden sollen, wird zukünftig verstärkt eine einheitliche, behördenübergreifende Aufbereitung von Informationen erfordern. Die Voraussetzungen dafür sind in legislativen Prozessen für Materiengesetze und deren Verordnungen zu schaffen.

## 5 Empfehlung an die Landesumweltreferentenkonferenz

### 5.1 Themenkreis

Umweltportal Österreich, aktive Umweltinformation gem. § 9 Umweltinformationsgesetz UIG 2004

### 5.2 Thema/Problem

Die bestehenden internationalen und nationalen Anforderungen zum Thema „Umweltinformation“ sind umzusetzen. Um österreichweit und behördenübergreifend Umweltinformationen harmonisiert darstellen und webgestützt zentral (One-Stop-Shop) abfragen zu können, ist die Einrichtung eines zentralen Umweltinformationsportals erforderlich.

Die Landesumweltreferentenkonferenz befasste sich in ihrer Tagung im März 2007 mit dem Thema „Umweltinformation; E-Government – Umsetzung des UIG 2004“ und erkennt die Umsetzung des Umweltinformationswesens als wichtige öffentliche Aufgabe an. Gleichzeitig wurde die eGov Arbeitsgruppe Umweltinformation ersucht, im Interesse, unverhältnismäßige Kosten für die Länder zu vermeiden, insbesondere nachstehenden Themen/Fragen besonderes Augenmerk zu widmen:

- 1. Stuserhebung: Erhebung bestehender Grundstrukturen und Datenbanken sowohl bei Bund als auch bei den Ländern.*
- 2. Prüfung, welche Grundstrukturen zusätzlich notwendig sind und damit verbunden welche Aufwände.*
- 3. Prüfung, welche elektronischen-technischen Möglichkeiten zur Kosteneinsparung (insbesondere für die Länder) verwendet werden könnten, wie beispielsweise Verlinkung von Datenbanken, Verwendung von Suchmaschinen, Einrichtung einheitlicher elektronischer Systeme (Kompatibilität).*
- 4. Prüfung, ob und in welchem Umfang ergänzend Datenerhebungen oder -zusammenstellungen bzw. -dokumentationen erforderlich sind, um der Informationspflicht gerecht zu werden.*

### 5.3 Sachverhalt

Bund und Länder stellen auf ihren Web-Portalen bereits im hohen Ausmaß Umweltinformationen zur Verfügung.

Die erforderlichen technischen Systeme (Content-Management-Systeme) zur Umsetzung der aktiven Umweltinformation sind im eigenen Wirkungsbereich bei den informationspflichtigen Stellen weitgehend vorhanden. Im Hinblick auf Umfang, thematische Gliederung, Inhalt und freien Zugang für die Öffentlichkeit zeigt sich ein historisch gewachsenes, und daher sehr heterogenes Bild.

### 5.4 Lösungsvorschlag

Um österreichweit und behördenübergreifend Umweltinformationen harmonisiert darstellen und webgestützt zentral (One-Stop-Shop) abfragen zu können, ist die Einführung eines weiteren, neuen CMS für Umweltinformation weder sinnvoll noch Ziel führend. Zur Umsetzung der Zielvorgaben wurden, dem Beschluss der LURK 2007 folgend, drei Varianten möglicher IT-Lösungen analysiert und deren Realisierbarkeit unter Be-

rücksichtigung von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit untersucht. Die Sicherstellung der konkreten finanziellen Bedeckung in Bund und Ländern war **nicht** Aufgabe der PG UI.

- Von der PG UI wird die Realisierung des „Umweltportal Österreich“ mit dem IT-System von [PortalU](#) vorgeschlagen. Der hohe Leistungsumfang dieses Systems sowie der mehrjährige operative Einsatz in Deutschland sichert die Kontinuität und Nachhaltigkeit dieser Variante.
- Durch den Einstieg in die Kooperation PortalU können nicht nur Synergiepotenziale genutzt werden, sondern wird auch die ständige Weiterentwicklung im Hinblick auf zukünftige EU-Anforderungen mit geringeren Kosten sichergestellt. (SEIS, INSPIRE)
- Die einmaligen Kosten für die Errichtung des Systems betragen € 299.400,--.
- Für Betrieb und Wartung, sowie adaptive Weiterentwicklung sind laufende Kosten von € 121.000,-- pro Jahr zu erwarten.
- Finanzierung: Einstiegsfinanzierung durch Sockelbetrag.  
Laufende Kosten: Aufteilung der weiteren Kosten nach dem abgestuften österreichischen Bevölkerungsschlüssel.
- Die Verknüpfung von „Umweltportal Österreich“ mit den bereits vorhandenen aktiven Umweltinformationen (§ 9 UIG 2004) erfolgt u.a. auch über Metadatensätze. Diese sind im eigenen Wirkungsbereich der informationspflichtigen Stellen anzulegen. Nach grober Schätzung kann für jede Stelle im Durchschnitt mit 480 Einträgen gerechnet werden. Bei einem Normkostensatz von € 560,- pro Personentag betragen damit die Erstbefüllungskosten pro informationspflichtiger Stelle im ungünstigsten Fall € 33.600,-.
- Bei Verwendung von PortalU wird das Umweltportal Österreich alle derzeit absehbaren INSPIRE-Anforderungen an ein INSPIRE-Geodatenportal erfüllen können. Die enge Kooperation mit Geoland.at ist anzustreben.

## 5.5 Vorschlag für Beschlussempfehlung

Auf Grundlage der durchgeführten Analysen zur aktiven Umweltinformation wird von der Projektgruppe Umweltinformation der Landesumweltreferentenkonferenz 2009 folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

1. Zur Umsetzung der Anforderungen des Umweltinformationsgesetzes UIG 2004 sollte ein „Umweltportal Österreich“ eingerichtet werden.
2. Für das „Umweltportal Österreich“ sollte das dem bestehenden [Umweltportal Deutschland](#) (PortalU) zugrundeliegende Kernsystem angekauft, adaptiert und eingesetzt werden. Das „Umweltportal Österreich“ wird dadurch auch alle derzeit absehbaren INSPIRE-Anforderungen an ein INSPIRE-Geodatenportal erfüllen können.
3. Die PG UI wird beauftragt, die erforderlichen Schritte für den Einsatz von PortalU, die Voraussetzungen für einen Kooperationsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und ein Kostenträgungsmodell zu entwickeln und vorzulegen.
4. Falls zentrale Betriebsleistungen für das „Umweltportal Österreich“ angeboten werden, sind diese zur Absicherung der Qualität mit Service Level Agreements und transparenter Kostendarstellung einzurichten.
5. Zur Vermeidung von Redundanzen und unter dem Aspekt der Kostenminimierung sind INSPIRE-relevante Aspekte in Abstimmung mit den INSPIRE-Gremien zu klären.

## 6 Anhang

### 6.1 Bericht der UPG Portalinfrastruktur

[http://www.ref.gv.at/uploads/media/2009-05-12\\_Bericht\\_der\\_UAG\\_Portalinfrastruktur\\_an\\_die\\_PG\\_UI\\_final.pdf](http://www.ref.gv.at/uploads/media/2009-05-12_Bericht_der_UAG_Portalinfrastruktur_an_die_PG_UI_final.pdf)

### 6.2 Mission Statement

[http://www.ref.gv.at/uploads/media/Mission\\_Statement\\_PG\\_UI.pdf](http://www.ref.gv.at/uploads/media/Mission_Statement_PG_UI.pdf)

### 6.3 Auftrag an die Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur

[http://www.ref.gv.at/uploads/media/PG\\_UI\\_-\\_UPG\\_Portalinfrastruktur\\_-\\_Projektauftrag.pdf](http://www.ref.gv.at/uploads/media/PG_UI_-_UPG_Portalinfrastruktur_-_Projektauftrag.pdf)

### 6.4 Projektgruppe

Die PG UI wird von den BLSG Kooperationspartnern beschickt.

In die Aktivitäten der PG Umweltinformation als Teilnehmer bzw. im erweiterten Sinne eingebundener Personenkreis: <http://www.ref.gv.at/Mitglieder-der-Projektgruppe.1028.0.html>

#### 6.4.1 Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur

Die Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur wurde am 1. Juli 2008 als schlanke Teilorganisation eingerichtet und hat die Entscheidungsgrundlage für die Portalinfrastruktur ausgearbeitet.

Amt / Behörde / Institution	Name (ohne Titel)	E-Mail
<b>Leitung der Unterarbeitsgruppe Portalinfrastruktur</b>		
Kärnten	Köller Rudolf	<a href="mailto:rudolf.koeller@ktn.gv.at">rudolf.koeller@ktn.gv.at</a>
<b>Ämter der Landesregierungen</b>		
Kärnten	Köller Rudolf	<a href="mailto:rudolf.koeller@ktn.gv.at">rudolf.koeller@ktn.gv.at</a>
Kärnten	Piechl Thomas	<a href="mailto:thomas.piechl@ktn.gv.at">thomas.piechl@ktn.gv.at</a>
Kärnten	Kawaler Robert	<a href="mailto:robert.kawaler@ktn.gv.at">robert.kawaler@ktn.gv.at</a>
Wien, MA 14	Ondra Norbert	<a href="mailto:norbert.ondra@wien.gv.at">norbert.ondra@wien.gv.at</a>
Wien, MA 22	Rössler Günter	<a href="mailto:guenter.roessler@wien.gv.at">guenter.roessler@wien.gv.at</a>
Umweltbundesamt	Obersteiner Erik	<a href="mailto:erik.obersteiner@umweltbundesamt.at">erik.obersteiner@umweltbundesamt.at</a>
<b>Koordinierungsstelle für Umweltinformationen</b>		
Umweltbundesamt, KUI	Krammer Hans Jörg	<a href="mailto:hans-joerg.krammer@umweltbundesamt.at">hans-joerg.krammer@umweltbundesamt.at</a>
Umweltbundesamt, KUI	Legat Rudolf	<a href="mailto:rudolf.legat@umweltbundesamt.at">rudolf.legat@umweltbundesamt.at</a>

## 6.5 Projektumfeld

### 6.5.1 Projektgruppe der Kooperation BLSG (Bund-Länder-Städte-Gemeinden) „Umweltinformation: E-Government-Umsetzung des UIG 2004“

In Folge der intensiven Beratungen der Koordinierungsstelle für Umweltinformationen (KUI) mit dem Bundeskanzleramt, dem Umweltministerium, dem Außenministerium und den Ämtern der Landesregierungen wurde im Rahmen der Tagung der Länder AG E-Government am 26.9.2006 in Admont zum Thema Umweltinformationsgesetz (UIG 2004) der Beschluss gefasst, die Erfordernisse des UIG gemeinsam umzusetzen.

Die Tagung der **Kooperation BLSG** am 17.10.2006 hatte im Top 6: (L-V)“ Einheitliche Präsentation von Umweltdaten im Internet“ das Thema ebenfalls angesprochen.

„Die Beratungen mündeten in folgendem Vorschlag:

*Einrichtung einer Ad hoc Arbeitsgruppe im Rahmen des Umweltbundesamtes (UBA), wobei für die technische Aufgabenstellung die AG-Mitglieder vom UBA und von den Ländern Kärnten und Wien entsendet werden sollten. Die Vertreter der Länder Kärnten und Wien sollen unter anderem die E-Government Strategie-Elemente in die AG einbringen. **Die Leitung der AG sollte vom UBA erfolgen.** Inhaltlich können auch alle Kooperation-BLSG-Mitglieder bzw. die Umweltreferenten der Länder mitwirken.“*

Auf der 14. Sitzung der Koop BLSG am 3. Juli 2007 wurde ein formeller Beschluss über die Einrichtung der o.a. Arbeitsgruppe gefasst. Der **Beschluss** lautet:

*„Die Arbeitsgruppe Umweltinformation (AG UW-UI) wird künftig von der Geschäftsführung der Plattform Digitales Österreich als AG der Kooperation-BLSG geführt. Die Aufgabenstellung ist jedoch für diese AG bereits im Wesentlichen durch die für diesen Themenbereich geltenden fachspezifischen Normen und des nachfolgend angeführten Beschlusses der Landesumweltreferentenkonferenz vorgegeben.“*

*Die im Rahmen der Plattform Digitales Österreich empfohlenen E-Government-Strategien und Policies sind bei den AG-Aktivitäten zu berücksichtigen und einzuhalten.“*

Die KUI führt analog zu den bilateralen Länderkontakten im Jahr 2006 derzeit Gespräche mit allen Bundesministerien mit dem Ziel, die Bundesebene in die Arbeitsgruppe einzubinden. Das Interesse an einer gemeinsamen Vorgangsweise im Rahmen der AG UI ist auch im Bundesbereich spürbar.

Der Städtebund sowie der Gemeindebund sind ebenfalls bereits in die AG UI eingebunden. Experten von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bilden gemeinsam die Arbeitsgruppe.

Diese soll die erforderlichen operativen Maßnahmen im Sinne der anstehenden gemeinsamen Aufgaben erarbeiten und deren konkrete Umsetzung sicherstellen. Sie soll weiters eine Plattform für Erfahrungsaustausch bieten und nach Bedarf tagen.

Die Leitung wurde dem Leiter der KUI (MR DI Hans-Jörg KRAMMER) übertragen. Mit der stv. Leitung war bis 31. März 2008 der Leiter der Umweltrechtsabteilung des Amtes der OÖ Landesregierung (HR Dr. Dieter GOPPOLD) betraut. Die Nachfolge wird im Rahmen der nächsten PG-Sitzung geklärt werden.

Die Vertreter der Länder Kärnten (DI Rudolf KÖLLER) und Wien (OSR DI Johann MITTHEISZ) stellen die Einhaltung der E-Government Strategie-Elemente in der Arbeitsgruppe sicher.

<http://www.ref.gv.at/Umweltinformation.1024.0.html>

### 6.5.2 Lebensministerium BMLFUW, Abteilung I/5

Die Abteilung I/5 des Lebensministeriums ist u.a. zuständig für die rechtliche nationale Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie 2003/4/EG.

### 6.5.3 Lebensministerium BMLFUW, Abteilung V/8

Die Abteilung V/8 des Lebensministeriums ist zuständig für EU-Angelegenheiten im Umweltbereich. Darunter fallen u.a. auch die Angelegenheiten der UNECE Aarhus Konvention sowie die nationale Umsetzung des Vorschlags der Europäischen Kommission zur „Verbesserung und Straffung des europäischen Systems für die Sammlung, Auswertung und Meldung von Umweltdaten“ (Shared Environmental Information System – SEIS).

<http://www.umweltnet.at/article/archive/7247>

### 6.5.4 Plattform Digitales Österreich (PDÖ)

Im Jahr 2005 wurde die "Plattform Digitales Österreich" geschaffen, in der das E-Cooperation-Board und das IKT-Board zusammengeführt wurden. Die [Plattform Digitales Österreich](#) (PDÖ) ist das Koordinations- und Strategiegremium der Bundesregierung für E-Government in Österreich.

**E-Government** meint die Gesamtheit aller elektronischen Angebote der Verwaltung für die Menschen im Land. Damit wird der Zugang zu und der Kontakt mit Behörden erleichtert. Es ist ein Synonym für einen modernen und innovativen Staat.

Bereits zum zweiten Mal in Folge belegt **Österreich Platz 1 im E-Government EU-Ranking**. Dieser Europameistertitel im E-Government ist ein Auftrag zur Fortsetzung der erfolgreichen Strategie gemeinsam mit Bund, Ländern, Gemeinden und der Wirtschaft unter der Flagge der Plattform Digitales Österreich.

Die PDÖ koordiniert im neuen Arbeitsprogramm "IKT-Strategie 2005+" die Zusammenarbeit aller Kooperationspartner - Bund, Länder, Städte, Gemeinden und Wirtschaft - im E-Government und stellt ein abgestimmtes Vorgehen sicher.

### 6.5.5 Kooperation-Bund-Länder-Städte-Gemeinden (Koop BLSG)

Mit der IKT-Strategieeinheit „Plattform Digitales Österreich“ werden die Agenden der Gremien: "[Kooperation-Bund-Länder-Städte-Gemeinden](#)" (E-Cooperation Board) und "IKT-BUND" (IKT-Board) sowie die für aktuelle Aufgabenstellungen bedarfsorientiert eingesetzten Arbeitsgruppen koordiniert.

Durch den gemeinsamen Vorsitz in der PDÖ, Kooperation BLSG und IKT-BUND wird ein abgestimmtes Vorgehen ohne Parallelitäten sichergestellt.

Den Vorsitz führt der Chief Information Officer des Bundes, [Univ.-Prof. DI Dr. Reinhard Posch](#)

### 6.5.6 Umweltbundesamt – Koordinierungsstelle für Umweltinformationen (KUI)

Beim Umweltbundesamt ist gemäß § 10 UIG 2004 eine [Koordinierungsstelle für Umweltinformationen](#) (KUI) eingerichtet, deren Ziel es ist, den einfachen Zugang zu Umweltinformationen für jedermann sicherzustellen indem

- eine Liste von [informationspflichtigen Stellen](#) geführt wird, die über Umweltinformationen verfügen,
- der Informationsaustausch zwischen diesen Stellen sichergestellt wird,
- die aktive Verbreitung von Informationen gefördert wird (zentrales Internet-Portal, One-Stop-Shop)
- die hohe Qualität der Umweltinformation gewährleistet wird und
- eine möglichst gute Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Informationen angestrebt wird.

Dabei werden die informationspflichtigen Stellen in der Weise koordiniert, daß die Umweltinformationen **verständlich, exakt, vergleichbar** und möglichst **aktuell** sind, so daß dadurch das allgemeine Umweltbewusstsein und der Umweltschutz verbessert und erhöht werden können.

Diese Systematisierung gewährleistet, daß Umweltinformationen durch die informationspflichtigen Stellen zunehmend aktiv öffentlich gemacht und verbreitet werden, wobei diese Informationen insbesondere durch elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien zur Verfügung stehen werden.

### **6.5.7 Experten der E-Government Kooperationspartner**

Sie bringen ihr Fachwissen in den Bereichen Recht, Informationstechnologie, Naturwissenschaften und Umwelttechnik ein und unterstützen die Mitglieder der PG UI.